

Die aktuelle internationale Lage und mögliche Entwicklungen

Autor(en): **Liener, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **159 (1993)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-62436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die aktuelle internationale Lage und mögliche Entwicklungen

Von Korpskommandant Arthur Liener, Generalstabschef

Die weltpolitische Lage befindet sich heute, wir wissen es alle, in schnellem Fluss. Positiven Entwicklungstendenzen stehen neue Risiken, Gefahren und sicherheitspolitische Herausforderungen gegenüber. Es wird viel von einer neuen Weltordnung und einer neuen europäischen Sicherheitsordnung und -architektur gesprochen. Mit diesen Konzepten verbinden sich grosse Hoffnungen. Der blutige Krieg in Jugoslawien, aber auch die jüngsten Ereignisse in Kambodscha oder Somalia, zeigen hingegen, wie weit wir noch von einer solchen stabilen internationalen Ordnung entfernt sind. Die Euphorie von 1989 ist allerorten verfliegen. Was bleibt, ist das Bedürfnis für eine nüchterne Lageanalyse. Ich werde mich auf jene Aspekte der internationalen Lage konzentrieren, die für die Schweiz direkt oder indirekt von erheblicher Bedeutung sind. Ich werde jedem dieser Aspekte eine persönliche Schlussfolgerung für unsere Sicherheitspolitik beibringen.

VERÄNDERTE BEDROHUNGSLAGE

Eine erste, wesentliche Feststellung: Der Kalte Krieg ist vorbei. Warschauer Pakt und Sowjetunion haben sich aufgelöst. Damit ist gleichzeitig die Gefahr eines europäischen Grosskrieges, der auch unser Land erfassen könnte, verschwunden. Während der letzten 45 Jahre hatte die Armee mit dem Szenario eines überraschenden Grossangriffes des Warschauer Paktes auf Westeuropa als reale Möglichkeit zu rechnen. Ein solcher Angriff wäre von einer kombinierten Luftoperation eingeleitet worden, gefolgt von gepanzerten Vorstössen in die Tiefe des NATO-Raumes. Wie beklemmend realistisch dieses Szenario war, wird durch die Dokumente belegt, die in der ehemaligen DDR sichergestellt werden konnten. Ich verweise auch auf den Artikel von Brigadier Prof. Stöckli in der ASMZ vor einiger Zeit. Der «worst case» war, das wissen wir heute, noch erheblich schlimmer als unsere gefährlichsten Annahmen. Ich erwähne nur die offensichtliche Bereitschaft des Warschauer Paktes, einen Konflikt sehr schnell auf die nukleare Ebene zu eskalieren.

Diese Bedrohung ist heute vorbei. Sie wird auch in absehbarer Zeit in dieser Form nicht mehr wiederkehren. Selbst ein Coup in Moskau, gefolgt von einer Auferstehung einer UdSSR, brächte diese Gefahr nicht rasch zurück. Das einstige Vorfeld bliebe selbst dann verloren, die inneren Probleme, die zum Zerfall der UdSSR führten, würden nur zu- und nicht abnehmen. Das Land hat sich buchstäblich zu Tode gerüstet und dürfte auf längere Sicht hinaus selbst im ungünstigsten Fall nicht in der Lage sein, strategisch-operative Angriffsoperationen erneut als Option ins Auge zu fassen.

Die Konsequenz für die Schweiz ist, dass wir in mancher Hinsicht vom Beinahe-Frontstaat zum strategischen Hinterland geworden sind. Wir müssen in den nächsten Jahren nicht mit dem Risiko eines europäischen Grosskrieges rechnen. Dies gibt uns die Möglichkeit, zur Armee 95 überzugehen und dieses umfassende Reformpaket zielstrebig anzupacken und zu verwirklichen.

Die neue Lage ist jedoch leider keineswegs mit dem Ausbruch des ewigen Friedens gleichzusetzen. Die latente direkte militärische Bedrohung des Kalten Krieges hat viel-

mehr einem ganzen Strauss neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen Platz gemacht, denen wir flexibel und entschlossen begegnen müssen. **Wir haben keine Zeit, uns auszuruhen.**

Ich will fünf dieser neuen Herausforderungen, die mich besonders beschäftigen, herausgreifen – wohl wissend, dass man die Liste durchaus noch erheblich verlängern könnte.

NEUE SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Trümmer der einstigen sowjetischen Militärmacht

Eine erste sicherheitspolitische Herausforderung stellen die neuartigen Probleme dar, welche die Trümmer der einstigen sowjetischen Militärmacht aufwerfen.

Hier steht natürlich die Frage des einstigen sowjetischen Nukleararsenals im Vordergrund. Konservativ geschätzt sprechen wir dabei von über 30 000 Kernsprengköpfen. Das Gros dieser Waffen befindet sich heute in Russland. Rund 4000 bis 5000 dieser Waffen befinden sich in Weissrussland, der Ukraine und Kasachstan. Es scheint, dass, zumindest heute, Russland die politische, militärische und physische Kontrolle auch über jene Teile des Nukleararsenals besitzt, die in den drei anderen nuklearen Nachfolgestaaten der UdSSR stationiert sind. Sämtliche taktischen Kernwaffen wurden auf russischem Boden konzentriert. START 1 und START 2 sehen eine massive Reduktion der Bestände vor. Unilaterale russische Versprechungen lauten dahin, dass zusätzlich Tausende von taktischen Kernwaffen vernichtet werden sollen. Die Ukraine, Weissrussland und Kasachstan haben wiederholt ihre Absicht bekundet und vertraglich fixiert, auf Kernwaffen überhaupt zu verzichten und als Nichtkernwaffen-Staaten dem Atomsperrvertrag beizutreten. Leider entspricht die Realität nicht diesem sehr ermutigenden ersten Bild. Vielmehr beunruhigen mich nicht weniger als sechs schwere Probleme in diesem Zusammenhang:

- Während Kasachstan und Weissrussland es anscheinend ernst meinen mit ihrem Entschluss, auf Kernwaffen zu verzichten, so bestehen bezüglich der Ukraine berechnete und zunehmende Zweifel. Das ukrainische Parlament schiebt die Ratifikation von START immer wieder hinaus und verknüpft sie mit im-



Ende Mai 1993 wurden zum zweitenmal in der Schweiz 36 Offiziere aus acht Nationen zu UNO-Militärbeobachtern ausgebildet. Mit den 16 Absolventen dieses Kurses verfügt unser Land nun über einen Pool von 65 ausgebildeten Militärbeobachtern. 30 davon standen oder stehen bereits im Einsatz. Der Generalstabschef Arthur Liener (unser Bild) auf Besuch an der Abschlussübung in Frauenfeld. Rechts auf dem Foto der finnische Kurskommandant Oberstleutnant Ikka Tiihonen und links der Waffenplatz-Kommandant Willy Hofmann.

Foto aus TZ Nr. 114/93

mer neuen Bedingungen. Die Ukraine ist sichtlich beunruhigt über die innere Entwicklung in Russland und besorgt über die erheblichen Spannungen im Verhältnis zu diesem grossen Nachbarn. Ich schliesse nicht aus, dass die Ukraine am Schluss ihre Zusagen zurücknehmen und offen für einen Kernwaffenstatus optieren wird. Tut sie dies, so werden wir mit einem Problem erster Grössenordnung konfrontiert.

- Solange Kiew nicht den START-Vertrag ratifiziert, bleiben die beiden START-Verträge blockiert, können die ausgehandelten Reduktionen nicht beginnen. Die Konsequenzen für die strategische Gesamtlage wären erneut gravierend.

- Ratifiziert Kiew hingegen und wird START deblockiert, so sind leider immer noch nicht alle Probleme gelöst. Es besteht Grund zur Annahme, dass Russland gar nicht technisch in der Lage ist, das von ihm angehäuften Nukleararsenal in einem vertragskonformen Zeitraum auch wieder abzubauen. Genau das gleiche gilt übrigens auch für die russischen Verpflichtungen bezüglich der Vernichtung sämtlicher chemischen Waffen und nur eine begrenzte diesbezügliche Fähigkeit im nuklearen Bereich. Selbst im konventionellen Bereich können die Russen nicht so schnell reduzieren und vernichten, wie sie eigentlich müssten. In einem Wort: Es besteht die Gefahr, dass das, was da in jahrelangen Verhandlungen mühsam rüstungskontrollpolitisch erreicht wurde, weitgehend Papier bleiben könnte. Ein wesentlicher vertrauens- und sicherheitsbildender Tragpfeiler der neuen internationalen Ordnung könnte so weggerissen werden.

- Nicht minder beunruhigend ist, dass zwischenzeitlich der Unterhalt der zur Vernichtung vorgesehenen Waffen verlässlichen Berichten zufolge mehr als zu wünschen übrig lässt. Bei Panzern ist dies nicht weiter schlimm. Die rosteten einfach. Die Lage sieht bei Nuklearraketen und chemischen Waffen aber anders aus. Ein stellvertretender russischer Verteidigungsminister hat uns erklärt, es stünden auf Abstellgleisen in Russland nicht weniger als 18 000 Eisenbahnwagen mit chemischer Munition herum, deren Behälter unter den Witterungseinflüssen korrodieren. Korrosion bedroht, anderen Berichten zufolge, auch zumindest Teile der ehemals sowjetischen Interkontinentalraketen. Solche Silos können, anders ausgedrückt, jederzeit auch hochgehen. Ich erinnere an Tschernobyl und Omsk.

- Noch scheint Russland die physische Kontrolle über die taktischen Kernwaffen sicherstellen zu können. Sollte sich der Dauermachtkampf in Moskau aber zuspitzen, so bleibt offen, ob dies auch in Zukunft der Fall bleiben wird. Die Gefahr ist noch keineswegs gebannt, dass nicht doch Kernwaffen in die Hände von Drittstaaten oder terroristischen Gruppen fallen könnten.

- Schliesslich geht es nicht nur um die Waffen an sich, sondern ebenso um das waffenfähige Material, um das Wissen, wie man Kernwaffen herstellt, und um die entsprechenden Experten. Wir müssen davon ausgehen, dass sehr grosse Mengen von Plutonium in der mehr als unruhigen ehemaligen UdSSR auf unabsehbare Zeit hinaus bewacht und

kontrolliert werden müssen. Die Zahl der Leute, die eine Bombe bauen könnten, wird auf rund 2000 geschätzt. Ich mache mir grosse Sorgen, dass hier über kurz oder lang, in der einen oder anderen Form, ein Abfluss kritischer Komponenten in radikale Staaten der Dritten Welt erfolgen wird.

Die Trümmer der einstigen sowjetischen Militärmacht geben aber auch in anderer Hinsicht zu Unruhe Anlass.

Ich denke etwa an die Garnisonen ausserhalb Russlands, die gar nicht abgezogen werden können, weil man keine Unterkünfte hat, oder die man abziehen zögert, weil man einen Preis dafür bezahlt. Das klassische Beispiel ist die 14. russische Armee in Moldawien, die de facto einen Teil des Landes übernommen hat und auch schon lange nicht mehr Befehle aus Moskau einfach entgegennimmt. Ich denke auch an die 201. Division in Tadschikistan, die einen eigenen Krieg führt, und an die Garnisonen im Baltikum.

Ein weiteres Problem ist der innere Zerfall der einst stolzen Roten Armee. Es stellen sich wohl nur noch 25 Prozent der Wehrpflichtigen. Die Truppe reduziert sich auf die Offiziere. Von diesen gibt es aber in jeder Einheit viermal mehr als in einer Einheit unserer Armee. Und: Diese Offiziere sind unzufrieden, haben keine Perspektive. Sie haben keine angemessenen Unterkünfte, werden bestenfalls nur sporadisch bezahlt, ja nicht einmal regelmässig mit Lebensmitteln versorgt. Die Garnisonen beginnen überall im einstigen Riesenreich Arrangements mit den Behörden ihrer Garnisonsstandorte einzugehen. Man transferiert Loyalität gegen Essen und Sold. Konkret bedeutet dies, dass jede Zuspitzung der Lage in Moskau das Risiko in sich birgt, dass die Armee in Bürgerkriegsparteien zerfallen könnte. Ich betrachte die Lage als ernst.

Was für Schlussfolgerungen ergeben sich für uns? Es ist offensichtlich, dass ein Staat wie die Schweiz nicht in der Lage ist, diese gewaltigen Probleme wirklich zu beeinflussen.

Wir können in einzelnen Bereichen bestenfalls beschränkte Hilfestellung leisten. So sind wir bereit, einen finanziellen Beitrag in Millionenhöhe zum Aufbau von sogenannten «*Internationalen wissenschaftlichen Technologiezentren*» in Kiew und Moskau zu leisten, deren Zweck es sein soll, Kernphysiker neuen zivilen Aufgaben zuzuführen und damit deren Abwanderung in die Dritte Welt zu verhindern. Diese Projekte sind aber vorderhand blockiert, da die Parlamente Russlands und der Ukraine ihnen noch nicht zugestimmt haben. Wir werden ferner alles daran setzen – auch wegen dem, was die Welt im Irak erlebt hat –, dass der Atomsperrvertrag 1995, wenn seine Erneuerung ansteht, gestärkt wird.

Wir können, so meine ich, allenfalls noch mehr tun. Ich könnte mir zB vorstellen, dass wir russische und andere europäische Offiziere hier in die Schweiz einladen und ihnen zeigen, wie eine Armee demokratisch kontrolliert wird, wie sie mit zivilen Behörden zusammenarbeitet, wie sie mit Minderheiten umgeht und wie sie dem Föderalismus Rechnung trägt. Gerade dieses Wissen jenen zu vermitteln, die in einem unruhigen Land die Gewehre haben, dürfte durchaus erwägenswert sein. Letztlich hingegen müssen wir auch ganz nüchtern den Schluss ziehen, dass wir mit grenzüberschreitenden Katastrophen und Konflikten im ehemaligen Sowjetreich auf lange Sicht hinaus als reale Möglichkeit zu

rechnen haben werden. Dies bedeutet, dass wir im Bereich des Zivilschutzes weiterhin klare Aufgaben haben. Dies bedeutet ferner, dass wir in einem mehr als unruhigen Europa weiterhin nicht auf eine glaubwürdige Armee und Landesverteidigung verzichten können. Dies bedeutet schliesslich auch, dass der neue Auftrag der Armee, mit ihren Mitteln zur Existenzsicherung beizutragen, durchaus berechtigt ist und bleibt.

Aktive Konfliktherde

Die **zweite** grosse sicherheitspolitische Herausforderung sehe ich, von der Schweiz aus betrachtet, in der Grobrichtung Südost. Hier wird geschossen, hier sind Millionen auf der Flucht, hier droht jederzeit weiterhin die Eskalation zu internationalen Konflikten. Ich meine, in erster Linie, den brutalen Aggressionskrieg im ehemaligen Jugoslawien. Alle Bemühungen, diesen Krieg zu stoppen, haben bisher nicht zum Ziel geführt. Das setzt, dies sei klar gesagt, ein grosses Fragezeichen hinter alle Hoffnungen auf eine stabile und friedliche europäische Sicherheitsordnung. Nicht weniger bedenklich erscheint mir, dass dieser Krieg – mit seinen KZ, seinen ethnischen Säuberungen und mit seinen Massenvergewaltigungen – und die Ohnmacht des demokratischen Europas gegenüber diesem Krieg ein höchst gefährliches Signal aussenden. Wenn Serbien praktisch ungeschoren seine Grenzen mit militärischer Macht neu ziehen kann, so riskieren wir, uns in nicht allzu ferner Zeit weiteren «*Jugoslawien*» gegenüberzusehen.

Denn was da auf dem Balkan geschieht, ist möglicherweise mehr als bloss ein blutiger Krieg. Es könnte durchaus der erste Schritt in einem eigentlichen Erbfolgekrieg sein. Es geht hier um die Neugliederung und Aufteilung der Konkursmasse sowohl des ottomanischen wie des sowjetischen Reiches. Die Grenzen sind keineswegs nur im ehemaligen Jugoslawien umstritten.

Ich denke etwa an die Lage im von mir bereits erwähnten Moldawien. Ich denke an die Leopardenfell-Karte der ethnischen Minderheiten auf dem ganzen Balkan und in ganz Südosteuropa. Ich denke auch an den bereits von Kriegen heimgesuchten Kaukasus und darüber hinaus an den chronisch instabilen Nahen und Mittleren Osten. Der Zusammenbruch der UdSSR hat hier überall Kräfte freigesetzt, die zu kontrollieren ebenso schwierig wie dringlich ist.

Was bedeutet dies für unsere Sicherheitspolitik? Erneut müssen wir feststellen, dass wir als neutraler Kleinstaat diese Probleme natürlich nicht lösen können, von ihren indirekten Auswirkungen aber massiv betroffen sind. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur, dass wir schätzen, dass rund 400 000 Bürger des ehemaligen Jugoslawien sich gegenwärtig in unserem Land aufhalten. 250 000 von ihnen kamen als Gastarbeiter und Gäste zu uns. 70 000 kamen – in der einen oder anderen Form – als Flüchtlinge wegen des Krieges zu uns. Weitere 80 000 dürften, so schätzt man, illegal in unser Land eingereist sein. Kein anderes europäisches Land steht auch nur annähernd vor einem ähnlichen Problem. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, wie schnell unsere Polizei überfordert wäre, wenn sich bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen auf unserem Territorium zu entwickeln begännen. Die Armee bleibt auch in diesem Szenario ein

letztes und unentbehrliches Instrument. Sollte es zu weiteren «Jugoslawien» kommen, so würde sich die Problemlage multiplizieren. In einem Europa, in dem Kriege nicht nur weiterhin möglich, sondern eine Realität sind, können wir nicht auf eine starke, glaubwürdige und moderne Landesverteidigung und Armee verzichten. Dies ist für mich vollkommen klar. Ich stelle mit grosser Genugtuung fest, dass dies auch unserer Bevölkerung völlig klar ist, die am 6. Juni der «Gruppe Schweiz ohne Armee» eine deutliche Abfuhr erteilt hat. Der Souverän hat sich zugunsten einer ausgewogenen Landesverteidigung und zugunsten einer modernen Ausbildung entschieden. Das schafft für uns eine solide Grundlage zur Verwirklichung der Armee 95, die uns eine moderne und zeitgemässe Landesverteidigung bringen wird. Ich bin persönlich auch überzeugt, dass das klare Verdikt des Volkes die sicherheitspolitische Debatte wesentlich geklärt und auf eine sehr solide Grundlage gestellt hat.

Wir können in diesem Bereich aber nicht unsere defensive Verteidigungsfähigkeit erhalten, sondern müssen aktiv etwas zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbeilegung beitragen. Diese dynamische Komponente unserer Sicherheitspolitik ist heute zu unserer ersten Verteidigungslinie geworden. Wir bauen diesen Bereich rasch und gezielt aus. Ich meine hier natürlich vor allem den von Bundesrat und Parlament beschlossenen Aufbau eines Blauhelm-Bataillons, das uns – so hoffe ich – ab 1995 zur Verfügung stehen wird. Diese Truppe wird sich aus Freiwilligen zusammensetzen und kann, wenn der Bundesrat dies beschliesst, der UNO oder der KSZE für «Peace-Keeping-Einsätze» zur Verfügung gestellt werden. Wir gehen mit den Blauhelmen einen wesentlichen Schritt weiter auf einem Weg, den wir schon vor längerer Zeit begonnen haben. Wir unterstützen die «Peace-Keeping-Operationen» der UNO schon seit langem finanziell, materiell und personell. Ich erwähne hier etwa unsere Militärbeobachter im Nahen Osten und im ehe-

maligen Jugoslawien, die Flugzeuge, die wir der UNO seit langem immer wieder zur Verfügung stellten, und – vor allem – unsere Sanitätseinheiten, die wir in Namibia im Einsatz hatten und heute in der Westsahara im Einsatz haben.

Ich habe die Einheit in der Sahara dieser Tage besucht und muss Ihnen gestehen, dass ich tief beeindruckt war. Unsere Leute leisten dort Hervorragendes in einem mehr als schwierigen Umfeld. Unsere Einheit war – und ist – zudem der einzige Verband, der dank einer ausgezeichneten Planung wirklich völlig selbstversorgend ist. Wir sind dort die einzigen, die von niemandem abhängig sind. Wir versorgen, im Gegenteil, viele der Einheiten aus anderen Ländern. Unser Engagement wird hoch geschätzt.

Mit den **Blauhelmen** werden wir einen wesentlichen Schritt weiter gehen. Die Lage und unser ureigenes sicherheitspolitisches Interesse gebieten dies. Die Armee wird zudem von der Erfahrung dieser Leute mannigfaltig profitieren.

Ich will aber eines mit aller Deutlichkeit hinzufügen: Wir sind bereit, beim «Peace-Keeping» mitzumachen, aber nicht beim «Peace-Enforcement». Wohin Operationen abdriften können, das zeigen die jüngsten Ereignisse in Somalia. Man kann nicht mit Wehrpflichtigen «Peace-Enforcement» betreiben. Eine Milizarmee ist hierzu nicht fähig. Niemand erwartet zudem, dass wir dies tun. In Jugoslawien waren weder die Amerikaner noch die Europäer bereit, den Frieden mit militärischer Macht durchzusetzen. Wir sind bereit, an internationalen Aktionen zur Sicherung des Friedens teilzunehmen. Wir müssen aber darauf beharren, dass alle Konfliktparteien einer solchen Aktion auch zustimmen und sie wünschen. Ansonsten gerieten wir sehr schnell in einen wahren Sumpf.

Neben den militärischen Komponenten, die wir der internationalen Friedenssicherung zur Verfügung stellen, seien aber auch die anderen Komponenten nicht zu vergessen. Ich er-

Diplomfeier der Swiss Medical Unit in Solothurn

Insgesamt 100 Ehemalige der Swiss Medical Unit/MINURSO erhielten Ende März im Landhaus Solothurn im Rahmen einer Feier ein offizielles Diplom überreicht. Die Projektleitung bedankt sich mit dieser Urkunde für das Engagement, das jede und jeder einzelne freiwillig zum Gelingen dieser friedenserhaltenden Aktion der UNO und damit zur Förderung des Friedensprozesses in der Westsahara beigetragen hat. Seit dem 5. September 1991 stellt die unbewaffnete Schweizer Sanitätseinheit im Rahmen der UNO-Friedensmission MINURSO (Mission des Nations Unies pour le référendum au Sahara occidental) in der Westsahara die medizinische Versorgung sowohl des zivilen UNO-Personals als auch der ungefähr 250 Militärbeobachter aus 26 Nationen sicher. Die Swiss Medical Unit unterhält im weiteren auch einen pharmazeutischen und einen zahnärztlichen Dienst.

Über 200 Schweizerinnen und Schweizer haben seit Beginn der MINURSO für die Swiss Medical Unit im Einsatz gestanden oder sind zur Zeit noch in der Westsahara stationiert.

Sektion Friedenserhaltende Aktionen

wähne die Hilfe des Katastrophenhilfekorps im ehemaligen Jugoslawien, unserer Zöllner in Moldawien und im Kaukasus, unsere Beteiligung an Wahlbeobachtungen, nicht zuletzt unsere Bereitschaft, wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Friedensbrecher voll mitzutragen.

Politische Instabilität im Osten

Die **dritte** sicherheitspolitische Herausforderung, vor welcher wir stehen, habe ich bereits zum Teil angesprochen. Ich meine die politische und wirtschaftliche Instabilität im ehemaligen Osten.

Ich habe Ihnen dargelegt, dass mich die Lage der ehemals sowjetischen Streitkräfte beunruhigt. Mich beunruhigt aber, darüberhinaus, die Lage im ehemaligen Osten insgesamt. In Russland beträgt die Inflationsrate heute weit über 1000 Prozent. Bruttosozialprodukt und Industrieproduktion sind auf die Hälfte des Standes von 1980 zusammengeschrumpft. Über 90 Prozent der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Kriminalität und Mafia breiten sich explosionsartig aus. Die ethnischen Spannungen sind unübersehbar. Nicht weniger als 25 Millionen Russen finden sich plötzlich als nationale Minderheit in neu gegründeten Staaten. Der Machtkampf zwischen dem reformwilligen Präsidenten und einem Parlament, das um seine Pfründe bangt, lähmt die Regierungstätigkeit und stärkt die zentrifugalen Kräfte im Lande. Manche Beobachter fürchten, dass Russland seinerseits auseinanderfallen könnte, möglicherweise blutig auseinanderfallen könnte. Militärische Konflikte unter den Nachfolgestaaten der UdSSR sind denkbar, wenn auch die schrecklichen Erinnerungen des Bürgerkrieges hier vorderhand glücklicherweise noch sehr grosse Hemmschwellen bilden. **Es muss nicht so kommen. Es kann aber so kommen.**

Aber auch in Mittel- und Osteuropa sind die jungen Demokratien noch alles andere als bereits gefestigt. Ich verweise auf das tragische Auseinanderbrechen der CSSR. Diese jungen Demokratien haben eine gute Chance. Wer Budapest, Prag und Warschau besucht,



In Jugoslawien wird geschossen, hier sind Millionen auf der Flucht, hier droht jederzeit weiterhin die Eskalation zu internationalen Konflikten.
Foto aus NATO-Brief Nr 2/92

der sieht den Wandel sofort. Hier ist noch unternehmerisches Denken vorhanden. Man ist bereit, die Ärmel zurückzukrempeln und die Zukunft zu gestalten. Aber: Verläuft die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR unglücklich, werden diese Staaten von Flüchtlingswellen überschwemmt, so würde sich ihre Situation radikal und sofort ändern. Diese Staaten benötigen dringend unsere Hilfe. Gelingt der friedliche Wandel in Mittel- und Osteuropa nicht, so könnten wir jede Hoffnung auf eine stabile und friedliche Ordnung in Europa begraben.

Damit ist auch bereits die Konsequenz für unsere Sicherheitspolitik angesprochen. Wir müssen hier schnell, effizient und zielgerichtet helfen. Der Bundesrat und das Parlament haben genau aus diesem Grund nicht weniger als drei Hilfspakete im Gesamtvolumen von 1,65 Milliarden Franken zugunsten des ehemaligen Ostens gesprochen. Rund 400 Einzelprojekte wurden im Rahmen dieser Kredite bereits verwirklicht oder in Angriff genommen. Die Aufgabe wird uns auf lange Jahre hinaus weiter beschäftigen.

Das EMD und die Armee haben ihrerseits ebenfalls und schnell auf die Lageentwicklung reagiert. Wir bilden im Rahmen des Ausbildungsprogrammes des EMD für sicherheitspolitische Experten Fachleute für nicht weniger als sieben Staaten des ehemaligen Ostens aus. Wir unterstützen mit einem speziellen Hilfsprogramm den Aufbau ziviler sicherheitspolitischer Expertisen in diesen Ländern. Wir haben die Kontakte mit den Staaten des ehemaligen Ostens stark ausgebaut und versuchen in zahlreichen Bereichen zu helfen – von der Sprachausbildung bis hin zur Vermittlung von Kenntnissen darüber, wie wir die zahlreichen Probleme anpacken, die sich nun plötzlich den Armeen dieser Länder stellen. Auch diese Aufgabe wird uns auf lange Jahre hinaus beschäftigen.

Neue Dimensionen der Sicherheitspolitik

Die **vierte** grosse sicherheitspolitische Herausforderung, die mich beschäftigt, sind die neuen Dimensionen der Sicherheitspolitik. Gemeint sind die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen grosser Reichweite, die Migration, der Drogenhandel und das organisierte internationale Verbrechen, der Terrorismus und Staatsterrorismus sowie religiöser Fundamentalismus.

Keine dieser Herausforderungen ist in sich wirklich neu. Kreuzzüge gab es schon im Mittelalter. Verbrecher und Drogenhandel hat es stets gegeben. Neu ist hingegen zweierlei: Erstens fliessen diese Problemkreise heute ineinander über. Zweitens erhalten alle diese Probleme angesichts des Zusammenbruches der ehemaligen UdSSR eine völlig neue Dimension.

Das Machtvakuum in Teilen des ehemaligen Ostens muss durch ein konkretes Beispiel verdeutlicht werden, damit man wirklich erkennt, um was es hier geht. Die neuen Nachbarstaaten der UdSSR haben sehr oft nicht einmal offizielle Grenzposten und Grenzwachter. Was es an staatlichen Organen gibt, ist leider nicht immer über die Verschönerung der Korruption erhaben. Konkret bedeutet dies, dass dieser Raum für Drogenbarone ein eigentliches Paradies darstellt. Wir sehen uns heute völlig neuen Herausforderungen auf diesem Gebiet gegenüber.

Der Westen blickte, dies ist ein weiterer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, im Kalten Krieg gebannt nach Osten. Er übersah dabei, dass es auch einen Südosten gab. Er darf keinesfalls heute übersehen, dass es auch einen Süden gibt. Im nördlichen Afrika erleben wir heute eine zweifache Entwicklung: Zum einen eine eigentliche Bevölkerungsexplosion, zum anderen das stille Vordringen des Fundamentalismus. Kombinieren Sie die wirtschaftliche Not mit Fundamentalismus, Proliferation und Migration, so sehen Sie sofort, dass hier eine potentielle Bombe tickt. Hochrechnungen ergeben, dass zB Frankreich – würde der Trend der letzten Jahre nicht gebrochen – im Jahre 2035 den Islam als wichtigste Religionsgruppe sehen würde. **Was bedeutet dies für unsere Sicherheitspolitik?**

Eine Feststellung drängt sich auf: Keines dieser Probleme macht an Landesgrenzen halt – auch an neutralen Landesgrenzen. Vielmehr können alle diese neuen Probleme nur durch engste Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und mit Europa angepackt werden. Genau in diese Richtung zielt denn auch die Politik des Bundesrates. Ich erwähne nur ein Beispiel: Die Bemühungen des eidg Justiz- und Polizeidepartements um eine verbesserte Zusammenarbeit der Polizeikräfte in Europa. Darüber hinaus müssen wir uns aber auch bewusst sein, dass diese neuen Probleme von uns auch eines Tages ganz neue Antworten verlangen könnten. Herr Bundesrat Villiger hat verschiedentlich laut darüber nachgedacht, ob die Schweiz nicht eines Tages ein Interesse hätte, an einer gesamteuropäischen Anstrengung im Bereich der Raketenabwehr mitzumachen. Ein solches Szenario könnte eines Tages durchaus zur Realität werden.

Umweltkatastrophen

Die **fünfte** und letzte sicherheitspolitische Herausforderung, die ich ansprechen will, sind die Gefährdungen durch grenzüberschreitende Umweltkatastrophen. Ich habe bereits von den in ehemals sowjetischen Raketenstillen tickenden und auf Eisenbahnwagen rostenden Zeitbomben gesprochen. Es gilt das Bild durch Schrottreaktoren à la Tschernobyl zu ergänzen, die jederzeit hochgehen können – wobei dann recht unwesentlich ist, ob sie dies spontan tun oder weil in sie Bürgerkriegsgranaten einschlagen.

Wir können auch hier das Problem nicht aus der Welt schaffen. Wir müssen aber einen Beitrag leisten. Die Erhöhung der nuklearen Sicherheit ist keineswegs zufälligerweise einer der Schwerpunktbereiche unserer Hilfe an die GUS. Wir müssen darüber hinaus aber auch weiterhin armeeseitig Mittel zur Verfügung haben, die zivilen Dienste unseres Landes zu unterstützen, sobald dies nötig wird. Geht ein Reaktor in Mitteleuropa in die Luft, wie dies Tschernobyl tat, so können wir mit den Folgen hier bei uns kaum auf der Stufe Feuerwehr fertig werden.

EUROPÄISCHE SICHERHEITSARCHITEKTUR UND DIE SCHWEIZ

Ich wollte Ihnen nicht ein pessimistisches, sondern ein realistisches Bild der Lage zeichnen. Wir alle hoffen auf eine stabile und friedliche europäische Sicherheitsordnung. Dieses neue Europa formt sich aber innerhalb

eines eigentlichen Krisenbogens, der von der ehemaligen UdSSR über den Balkan und den Nahen und Mittleren Osten bis zum Maghreb reicht. Europa formt sich ferner nicht nur innerhalb dieses Krisenbogens, sondern in der Auseinandersetzung mit den Problemen, die der Krisenbogen aufwirft.

Wie die Architektur schliesslich aussehen wird, die diese neue Sicherheitsordnung trägt, ist noch weitgehend offen. Identifizierbar sind die wesentlichen Stützpfiler: KSZE, NATO, WEU, EG, Europarat, G-7, OECD, UNO. Es wird gehofft, dass sich diese Elemente zu einem Kooperationssystem zusammenfügen, zu interlocking institutions, die gemeinschaftlich die Probleme der Zeit anpacken können. In den letzten Jahren hatte man allerdings manchmal eher den Eindruck von interlocking institutions. Der Prozess der Herausforderung der Stützpfiler der neuen europäischen Ordnung hat erst begonnen und ist nach wie vor in vollem Fluss. Nichts belegt dies deutlicher als die Probleme und Schwierigkeiten, in welche der Maastrichter Vertrag im letzten Jahr geriet – von Dänemark über Frankreich bis Grossbritannien.

Der Erkenntnis, dass vermehrte Zusammenarbeit und Integration notwendig sind, steht in der EG auch die Angst gegenüber, von einer anonymen Bürokratie vereinnahmt zu werden. Hier liegen die Wurzeln des ersten dänischen Neins und des britischen Zögerns.

Hier liegen auch die Wurzeln des schweizerischen Neins zum EWR. Der 6. Dezember 1992 war nicht ein Nein des schweizerischen Volkes zu Europa. Er war eine Etappe in einem Denkprozess, den auch Europa noch nicht abgeschlossen hat. Der EG-Gipfel in Edinburgh und die «Maastricht light»-Option, die Dänemark erhielt, zeigen dies deutlich, zeugen vom Willen, pragmatisch nach neuen Wegen zu suchen.

Der Bundesrat hat die Zielsetzung des EG-Beitritts beibehalten, gleichzeitig aber auch darauf verzichtet, die Beitrittsverhandlungen einzuleiten. Dies entspricht der Lage. Ebenso entspricht der Lage, dass der Bundesrat klar unterstrichen hat, dass er an der bewaffneten Neutralität der Schweiz festhalten will. Er will jedoch den Inhalt dieser Neutralität neu definieren. Ein Bericht zur Neutralitätspolitik dürfte von ihm im Laufe der nächsten Monate veröffentlicht werden. Ich werde über seinen Inhalt nicht spekulieren.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wichtig erscheint mir, abschliessend nüchtern festzustellen, dass sich unser strategisches und internationales Umfeld in einer Periode tiefgreifenden Wandels befindet, der noch Jahre andauern wird. Wir sehen uns mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Unsere Nachbarn, Europa sind in genau der gleichen Lage. Wir stellen hier keineswegs einen «Sonderfall» dar. Wir können, wir müssen und wir werden diese Probleme und Herausforderungen pragmatisch, flexibel und ruhig anpacken. Ein solches Vorgehen entspricht dem Wesen unserer Bevölkerung und unseres Landes.

Wir legen im sicherheitspolitischen Bereich, ich hoffe, Ihnen dies dargelegt zu haben, die Hände keineswegs in den Schoß. Vielmehr verfolgen wir die internationale Entwicklung sehr genau und definieren dann, im Rahmen unserer realistischen Möglichkeiten, zielgerichtet unsere Antworten und unsere Beiträge

zur Lösung der sich stellenden Probleme. Wir versuchen, pragmatisch nützliche Dinge zu tun. Das ist die einzige Einstellung, die es uns gestatten wird, die drängenden Fragen Schritt für Schritt zu beantworten.

Wesentliches Element in dieser Aufgabe ist und bleibt die **Armee und unser System der Gesamtverteidigung**. Die defensive Komponente unserer Landesverteidigung, die Armee hat in nichts an Bedeutung verloren. Vielmehr kommt auf sie eine ganze Reihe neuer und komplexer Aufgaben zu. Sie ist diesen Aufgaben gewachsen. Die **dynamische Komponente unserer Sicherheitspolitik** gewinnt gleichzeitig an Bedeutung – nicht auf Kosten der defensiven Komponente, sondern als unabdingbare Ergänzung zu ihr. Die dynamische Komponente ist zur ersten Verteidigungslinie geworden. 

An alle, die sich dafür eingesetzt haben, dass unsere Milizarmee gut ausgebildet und ausgerüstet bleibt

Sehr geehrte Damen und Herren

Der 6. Juni 1993 hat vieles und viele bewegt. Im Vorfeld wurde kontrovers diskutiert und engagiert argumentiert. Trotz grosser Anteilnahme ist Fairness die Regel geblieben. Nach und nach sind immer mehr Männer und Frauen, Alte und Junge, öffentlich für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik eingestanden. Das hat mir in den vergangenen Monaten Kraft und für die Zukunft Zuversicht gegeben.

Das Abstimmungsergebnis wurde zwischenzeitlich von allen Seiten analysiert und kommentiert. Auch ich habe am Abend nach dem Urnengang vor den Bundeshausjournalisten ein erstes Fazit gezogen und dabei die Bedeutung dieser beiden Nein für unseren weiteren Reformkurs aufgezeigt. Das Volk hat uns sein Vertrauen ausgesprochen. Daraus leite ich Verantwortung ab. Viele Schweizerinnen und Schweizer haben aus echter Sorge um andere Probleme ja gestimmt. Daher gilt es nun auch, allfällige Gräben wieder zu überbrücken.

Die vornehmste Pflicht jedoch ist die des Dankens, was ich hiermit gern tue. Ich war und bin tief beeindruckt vom Einsatz, den Sie alle in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet haben! Nur dank Ihrer aufopfernden und engagierten Überzeugungsarbeit ist dieses Abstimmungsergebnis überhaupt Tatsache geworden.

Ich darf Sie bitten, meinen Dank und Respekt auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuleiten. Mit besten Wünschen und freundlichen Grüssen

Der Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, **Bundesrat Kaspar Villiger**

Colloquium «Sicherheitspolitik und Medien»

Schweizerische Sicherheitspolitik – zwischen Autonomie und Integration

Samstag, 18. September 1993, 10.00 bis 16.00 Uhr: Universität Freiburg, av Louis-Weck-Reynold 20, Freiburg

Programm:

Referat: Europäische Verteidigung: Gestaltungsprobleme seit 1990. Prof Dr Michael Stürmer, München

Workshop I: Weltoffenheit und Neutralität (in französischer Sprache)

Teilnehmer: Dr R Probst, NR Prof Dr S Sandoz, Botschafter H Hoffmann, Prof Dr N Michel, R de Weck

Workshop II: Friedensförderung und Landesverteidigung

Teilnehmer: Prof Dr K Spillmann, Dr G Heuberger, SR Dr N Küchler, KKdt S Küchler, Oberstlt i Gst U Siegenthaler, Dr K Stamm

Workshop III: Katastrophenhilfe

Teilnehmer: Ch Langenberger, P Amstutz, R Favre, RegR P Mattli, P Thüring, Div C Vincenz

Workshop IV: Wirtschaft und Landesversorgung

Teilnehmer: Dr K Moser, Botschafter S Arioli, H Baumberger, Dr U Kaufmann, H Richenberger

Workshop V: Flüchtlings- und Asylpolitik

Teilnehmer: KR D Fierz, P Arbenz, U von Daeniken, J Pilet, Dr C Meier

Schlusspodium: Sicherheitspolitik der Schweiz: Autonomie oder Integration?

Teilnehmer: KR D Fierz, Ch Langenberger, Dr K Moser, Dr R Probst, Prof Dr K Spillmann

Trägerschaft:

Chance Schweiz, Koordinierter Sanitätsdienst – Team Schweiz, Schweiz Arbeitsgemeinschaft Frau und Sicherheitspolitik, Schweiz Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften, Schweiz Gesellschaft für Aussenpolitik, Schweiz Offiziersgesellschaft, Schweiz Unteroffiziersgesellschaft, Schweiz staatsbürgerliche Gesellschaft, Schweiz Verband der Angehörigen des MFD, Schweiz Zivilschutzverband, Zentralstelle für Gesamtverteidigung.

Anmeldung für die Veranstaltung am 18. September 1993 an der Universität Freiburg

Name:	Vorname:
Strasse:	PLZ/Ort:
Telefon:	Datum:
Unterschrift:	

Bitte ankreuzen. Ich möchte an folgendem

Workshop teilnehmen:	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
Ausweichworkshop	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐

Tagungsgebühr inkl Mittagessen Fr. 50.–

Anmeldeschluss bis 30. August 1993 senden an: Colloquium «Sicherheitspolitik und Medien», c/o Leipziger & Partner, Dorfplatz 4, 8126 Zumikon, Telefon 01 918 18 44, Fax 01 918 18 84.